

BERLINER RUNDSCHAU

**PER VOLKSENTSCHEID
ZUKUNFT SICHERN UND
ARROGANZ STOPPEN**



Gerechter Arbeitsmarkt • Tempelhof – Extra – Seiten •
Rückblick auf 1968 • Preisrätsel • CDU in den Bezirken





UNTERSTÜTZUNG

Alt-Bundeskanzler Helmut Kohl nannte es „idiotisch“, den City-Airport schließen zu wollen. Vor den Folgen einer Schließung warnte Richard von Weizsäcker, der von 1981 bis 1984 Regierender Bürgermeister in Berlin war: Jede voreilige Entscheidung wäre „vom Teufel“ und langfristig ein unkorrigierbarer Fehler für die Zukunft Berlins, sagte er. Der wohl immer noch angesehenste Sozialdemokrat Deutschlands, Altkanzler Helmut Schmidt schlägt in



dieselbe Kerbe: „Berlin sollte Tempelhof nicht aufgeben. Die Hauptstadt der Republik darf jetzt die große und letzte Chance nicht verpassen, einen bundesweit einmaligen Standortvorteil zu nutzen: einen Flughafen in unmittelbarer Nähe der Innenstadt.“ Bundeskanzlerin Angela Merkel konkretisiert: „Man muss sagen, ein Flughafen wie Tempelhof ist für Geschäftsflieger besonders wichtig.“ (...) „Und dann mache ich den Flughafen nicht zu und einen Park daraus.“



SCHOCKIERT

„Ich bin schockiert, dass der Bürgermeister einer Stadt, in der die Arbeitslosenquote 16 Prozent beträgt, einem überzeugenden, Arbeitsplatz schaffenden Projekt wie diesem die kalte Schulter zeigt. Will er die Quote auf 20 Prozent bringen? Es ist schon erstaunlich, dass er selbst die Aufforderung der Bundesregierung, gemeinsam unsere Pläne zu diskutieren, abgelehnt hat. Er werde darüber nicht diskutieren.“

Der Investor Ronald S. Lauder ist bereit, **350 Millionen Euro** in Tempelhof zu investieren (Welt, 14.3.2007).

74%

Exzellente

... der Berliner Bevölkerung sprachen sich in mehreren Umfragen klar gegen die Schließung Tempelhofs aus. Auch die Mehrheit der direkten Flughafenbewohner ist für die Offenhaltung des City-Airports.

Der Berliner Generalsekretär Frank Henkel ist sichtbar zufrieden. „Unsere Kampagne läuft exzellent“, sagt er. Die Christdemokraten haben zum Volksbegehren und Volksentscheid bislang weit über 150.000 Zeitungen und 80.000 Broschüren verteilt. Abertausende von Info-Blättern und Aufklebern sowie Kugelschreibern werben für den Flughafen. 10.000 Plakate stellen in Berliner Bestimmtheit klar, dass man sich Tempelhof nicht nehmen lässt, denn so die Plakate „Ich bin ein Berliner. JA zu Tempelhof am 27. April“.



FREIHEIT



Der Flughafen Tempelhof ist seit der Berliner Luftbrücke ein Symbol für Freiheit, Solidarität und Demokratie und somit ein bedeutender Teil der Geschichte Berlins

11 Monate lang wurden die 2,2 Millionen West-Berliner während der Blok-

kade durch die Sowjets über die Berliner Luftbrücke mit Nahrungsmitteln und Medikamenten versorgt

490.000 Tonnen Nahrungsmittel flogen die West-Alliierten während der Berliner Luftbrücke in die abgeriegelte Stadt

80% der Betriebskosten für das Gebäude würden auch ohne Flugbetrieb erhalten bleiben. Derzeit deckt der stark reduzierte Luftverkehr die Betriebskosten des Flugbetriebs • Um 5% wächst das Passagieraufkommen im Flugverkehr jährlich – Experten sagen voraus, dass BBI bereits im Moment seiner Eröffnung zu klein sein wird • 20% der Flugbewegungen sollen 2011 durch Privat- und Geschäftsflieger erfolgen, was zu erheblichen Koordinierungsschwierigkeiten für die „Große Luftfahrt“ führen kann • Als Landeplatz für kleine Privat- und Geschäftsflieger könnte der Flughafen Tempelhof eine sinnvolle Ergänzung und Entlastung für den Flughafen BBI sein • „Tempelhof gefährdet BBI“ lautet das Lieblingsargument von Rot-Rot. Doch das ist falsch: Ein juristisches Gutachten des Bundesfinanzministeriums hält den Flugbetrieb mit eingeschränktem Geschäftsreiseverkehr für möglich, ohne dass der BBI gefährdet wird • Das Angebot des Bundes zur Übernahme der Betriebskosten des Flughafens Tempelhof bis zur Eröffnung von BBI lehnte Wovoreit ab. Geschätzte Kosten für Berlin: 43 Millionen jährlich!

FAKTE

FILM AB



Die Mutter aller Flughäfen“ (Sir Norman Foster) ist ein gern gesehener Star in internationalen Filmproduktionen, hier eine Auswahl.

Verfassungsgemäß?

Möglicherweise ist der Aufruf des Senats „Nein“ zu stimmen in den amtlichen Informationen zum Volksentscheid verfassungswidrig. Sowohl der Bayerische Verfassungsgerichtshof als auch der Bremer Staatsgerichtshof haben entschieden, dass staatlichen Organe ein „Objektivitätsbeziehungswise Sachlichkeitsgebot“ zu wahren haben. Sie dürfen sich demnach nur in einer die Entscheidungsfreiheit der Stimmberechtigten respektierenden Weise äußern. Also gilt für den Senat: Meinungsagen JA – Meinungsvorschreiben NEIN.

205.000

Dieses mächtige Zeichen des Bürgerwillens zeigten die Berlinerinnen und Berliner zum Volksbegehren, das am 14. Februar erfolgreich endete. Immerhin waren dies mehr Stimmen als die Linke bei der letzten Abgeordnetenhauswahl gewinnen konnte



NEUE HOMEPAGE – NEUE KAMPAGNE

Hier ist nun die zweite Ausgabe der traditionellen Berliner-Rundschau - das Hausblatt der Berliner Christdemokraten – als Magazin. Jeder CDU-Haushalt bekommt sie jetzt zum zweiten Mal direkt nach Hause gesandt. An Freunde und Sympathisanten der Union wird die neue jetzt 16seitige und vollfarbige Rundschau wie bisher verteilt.



In der letzten Ausgabe wurde der neue Internet-Auftritt der Partei angekündigt – seit zwei Monaten ist er nun weltweit abrufbar. Übersichtlich, informativer und zeitgemäßer wurde er gestaltet. Zu aktuellen politischen Ereignissen gibt es nicht nur etwas zum Lesen, sondern auch zum Hören.



Doch die illustrierten Hör-Dokumente stammen nicht nur von der politischen Prominenz der Partei, auch der Hausmeister der Berliner CDU, der CDUlf hat sich hier verewigt (Aber Achtung – Satiregefahr).

Die Berliner Union wird darüber hinaus noch in der ersten Jahreshälfte mit einer neuen Kampagne um Sympathie und neue Mitglieder werben. Unter dem Motto „Berlin zählt auf dich.“ werden die Berlinerinnen und Berliner aufgefordert, sich in den Reihen der CDU für ihre Stadt zu engagieren. Mit verschiedenen Bär-Motiven soll nicht nur Neugierde geweckt, sondern auch eine freundliche Aufforderung an all die ausgesandt werden, die sich (zu recht) über die rot-rote Regierung unserer Stadt aufregen, aber bislang nicht die richtigen Partner gefunden haben, etwas dagegen zu tun.

ORIENTIERUNG VERLOREN

„Be Berlin“ – die aktuelle Hauptstadtkampagne des Berliner Senats soll Berlin für viel Geld ein neues, aufregendes Image verpassen. Doch das Image ist nach Ansicht des Generalsekretärs der CDU Berlin, Frank Henkel, nicht das drängendste Problem der Hauptstadt, sondern die Politik des rot-roten Senats.

„Es ist immer richtig, Berlin zu bewerben. Aber es fehlt nicht in erster Linie an guter PR. Es fehlt an einer neuen Politik, die die Potentiale unserer Hauptstadt endlich nutzt und ihr eine Zukunftsvision gibt“, erklärte Henkel anlässlich der Präsentation der Hauptstadtkampagne „Be Berlin“. Über 10 Millionen Euro stellt der Senat für das neue Image Berlins bereit, weitere 5 Millionen kostet eine zweite, zeitgleich geschaltete Kampagne der Berlin Tourismus Marketing GmbH (BTM) unter dem Motto „Berlin, Berlin, wir fahren nach Berlin“. Während die BTM-Kampagne,



deren Ziel es ist, Touristen nach Berlin zu locken, widersinnigerweise hauptsächlich in Berlin selbst in Erscheinung tritt, sieht sich der „Be Berlin“-Slogan mit massiven Plagiatsvorwürfen konfrontiert. „Dass es gleich zwei Kampagnen ohne nennenswerte Inhalte gibt, ist schleierhaft und orientierungslos“, so Henkel, „Offenbar dient die Werbung im Doppelpack dazu, von den drängenden Problemen Berlins abzulenken.“ So habe Rot-Rot nach wie vor keine Antwort auf die hohe Arbeitslosigkeit, sondern verlasse sich auf den bundesweiten wirtschaftlichen Aufschwung, kritisierte der CDU-Generalsekretär.



HENKEL REDET KLARTEXT

WIE BLÖD MUSS MAN SEIN?

Das großartige Ergebnis des Volksbegehrens hat die rot-roten Flughafengegner offensichtlich nervös gemacht. Um die Stimmung zu kippen - Umfragen zufolge sind 74 Prozent für die Offenhaltung Tempelhofs -, ist dem linken Schließungsbündnis kein Niveau zu niedrig und kein Mittel zu billig. Herausgekommen ist eine primitive Sozialneidkampagne, mit der die Menschen in unserer Stadt gegeneinander ausgespielt werden sollen. Die vielen Berlinerinnen und Berliner, die sich aus guten Gründen für die Offenhaltung des Flughafens aussprechen, werden auf Werbepostkarten in die Nähe von Steuersündern gerückt. An den Laternen hängen Plakate, auf denen blasse Gestalten mit aufgesetztem Dialekt und mürrischem Blick gegen Tempelhof und Investoren wettern.

Hier wird nicht nur die historische Bedeutung des Flughafens mit Füßen getreten, sondern auch verleugnet, dass Berlin dringend auf Investitionen und Arbeitsplätze angewiesen ist. Aber auf Argumente setzen die rot-roten Flughafengegner schon lange nicht mehr. Den Regierungsparteien geht es nicht um Überzeugungsarbeit, sondern nur noch darum, ihre trotzige Schließungsposition gegen Bevölkerung und wirtschaftliche Vernunft durchzuboxen.

Beim Anti-Tempelhof-Bündnis hat die Intelligenz also endgültig einen Abflug gemacht. Aber das Volk ist nicht so dumm, wie SPD und Linkspartei denken. Die Menschen wissen, dass Tempelhof zu unserer Stadt gehört wie Spree und Currywurst. Sie wollen den Flughafen als Symbol der Freiheit erhalten und zu einem Landeplatz für Investitionen machen.

Die Arroganz der Macht und hilflose Sozialneidkampagnen werden die Volksbewegung pro Tempelhof nicht verunsichern. Ich bin überzeugt, dass die Berlinerinnen und Berliner der rot-roten Polemik am 27. April die Rote Karte zeigen werden.



Laut Bildzeitung (11.4.) heißt der abgebildete Bauarbeiter Dirk Spertling. Er wohnt in Schönfeld in Brandenburg und muss also gar nichts für Tempelhof bezahlen, kann sich aber über Flughäfen in Brandenburg freuen.

Besonders günstige
Beiträge für
CDU-Mitglieder



HDI

HDI Versicherungen

Sparen Sie Geld!

Das Angebot exklusiv für CDU Mitglieder:

Warum sparen Sie Geld
bei HDI?

- CDU Mitglieder handeln verantwortungsvoll. Das belohnt HDI mit besonders günstigen Preisen
- Starkes Preis-Leistungs-Verhältnis: HDI arbeitet günstig als Direktversicherer
- Schnelle und unbürokratische Hilfe im Schadensfall
- Kombi-Sparbeiträge: Beitragsersparnis für Mitglieder bis 27 %

Telefon 0180 2 703703*
Telefax 030 3204-455

*6 Ct. pro Anruf aus dem Festnetz der Dt. Telekom, abweichende Preise aus Mobilfunknetzen möglich.

HDI
Niederlassung Berlin
Stichwort: „CDU“
Krausenstraße 9-10
10117 Berlin

SOZIALE BALANCE IST PROGRAMM



Engagiert bei der Debatte um die soziale Gerechtigkeit – CDU Landesvorsitzender Ingo Schmitt

„Wir sind einen guten Schritt vorgekommen bei der Diskussion zur sozialen Gerechtigkeit“, fasst der Vorsitzende der CDU Berlin, Ingo Schmitt, die Ergebnisse des zweiten Kleinen Landesparteitag seiner Partei zusammen.

Unter dem Titel „Zukunft der Arbeit – Wie sozial gerecht ist unser Arbeitsmarkt?“ diskutierte die Berliner Union gemeinsam mit profilierten Gästen über die aktuelle Situation am Arbeitsmarkt, Hartz IV, Ein-Euro-Jobs, Job-Center und Mindestlohn. Schmitt zeigt das Ziel dieser Diskussion auf: „Wir diskutieren auch mit Blick auf das Programm zur Bundestagswahl 2009 und



Mehr als 100 Mitglieder diskutierten in den Räumen des Bildungs- und Technologiezentrums der Handwerkskammer Berlin

wollen dafür sorgen, dass die soziale Balance in diesem Programm stimmt.“

Nach dem sehr erfolgreichen ersten Kleinen Landesparteitag der CDU Berlin Ende November letzten Jahres, der sich unter der Fragestellung „Wie gerecht ist unsere Gesellschaft“ mit dem Konzept des „Solidarischen Bürgergeldes“ des thüringischen Ministerpräsidenten Dieter Althaus auseinandersetzte, stand auch beim zweiten Landesparteitag der CDU Berlin am 11.

April 2008 ein soziales Thema im Mittelpunkt der Debatte. An der von CDU-Generalsekretär Frank Henkel moderierten Podiumsdiskussion nahmen der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Dr. Friedbert Pflüger, der Bundes-CDA-Ehrentvorsitzende, Rainer Eppelmann, der Geschäftsführer des Unionhilfswerks, Norbert Prochnow und Markus Straube, Mitglied Vollversammlung der Handwerkskammer Berlin, teil. Das Impulsreferat hielt der arbeitsmarkt- und sozialpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Ralf Brauksiepe. In seiner Eröffnungsrede wies der Vorsitzende der CDU Berlin, Ingo Schmitt, auf einen besorgniserregenden Trend hin, wonach sich eine merkbar schrumpfende Mittelschicht einer immer stärker wachsenden Unterschicht und einer leicht größer werdenden Oberschicht gegenübersehe. Der Kleine Landesparteitag beschloss unter anderem, dass die

Pendlerpauschale mit 30 Cent vom ersten Kilometer an wieder eingeführt werden solle und das zukünftig Steuerfreibeträge an steigende Lebenshaltungskosten angeglichen werden sollen. Außerdem wurden Wege beraten, die Grenzen des Schonvermögens für Bezieher von Arbeitslosengeld II zu erhöhen und wie die Schlussfolgerungen aus dem Bundesverfassungsgerichtsurteil über die verfassungswidrige Organisationsform der Arbeitsgemeinschaften aussehen sollen.



Moderiert von Frank Henkel (Mitte) diskutierten Rainer Eppelmann, Norbert Prochnow, Friedbert Pflüger und Markus Straube (v.l.n.r.)

TARIFVERHANDLUNGEN IM ÖFFENTLICHEN DIENST

„ES GEHT AUCH UM UNSERE STADT.“



Vielleicht könnte man sagen, es sei nicht mehr als ein Zeichen. Für den CDU-Landesvorsitzenden Ingo Schmitt sind die vielen Gespräche, die er in letzter Zeit mit Arbeitnehmervertretern geführt hat, aber unerlässlich und wichtig.

Der CDU-Chef weiß sehr wohl, dass in den laufenden Tarifverhandlungen der rot-rote Senat Verhandlungspartner ist, aber so sagt Schmitt: „Wir wollen den Personalräten und Gewerkschaftern zeigen, dass wir ihre Anliegen ernst nehmen, bei Sarrazin und Co haben die meisten da eher so ihre Zweifel, um es vorsichtig auszudrücken.“

In den vergangenen Wochen hat die Führung der Berliner Christdemokraten um Ingo Schmitt unter anderem mit den Spitzen des Deutschen Beamtenbundes (dbb) und mit denen der Gewerkschaft ver.di sowie denen des Hauptpersonalrats des Landes Berlin getroffen.

Bei allen Gesprächen, die außerdem auch vom Fraktionsvorsitzenden der CDU im Abgeordnetenhaus, Dr. Friedbert Pflüger, und dem Generalsekretär der Berliner CDU, Frank Henkel, geführt wurden, waren sich die beteiligten CDU-Politiker und Arbeitnehmervertreter einig, dass der Senat endlich auf die Beschäftigten zugehen müsse.

Ingo Schmitt: „Wir finden hier beim Senat das gleiche Handlungsschema aus Ignoranz und Arroganz wie beim Thema Tempelhof. Es wird sich auf eine rechtlich angeblich unumstößliche Position zurückgezogen und dann aufgehört, über das Problem lösungsorientiert zu reden.“

Die Positionierung des Wowereit-Senats in den angelaufenen Gesprächen mit den Gewerkschaften, so sagt Schmitt,

hätte beinahe komödiantischen Wert, wenn das Thema nur nicht so ernst wäre. Schmitt: „Wir fordern Rot-Rot zudem auf, endlich das koalitionsinterne Possenspiel zu beenden und klarzustellen, welche politische Linie im Tarifkonflikt nun eigentlich gilt. Führende Vertreter der Linkspartei in Senat und Koalition meinen offenbar, sie könnten gleichzeitig die Regierungs- und die Oppositionsrolle einnehmen. Die einen sind hierfür, die anderen dafür und Thilo Sarrazin ist gegen beides.“

Man verkenne, so der CDU-Landesvorsitzende nicht, dass die Haushaltskonsolidierung eine der zentralen Aufgaben der Berliner Landespolitik bleibe, aber die Berliner CDU wisse, dass die

„...BEIM SENAT DAS GLEICHE HANDLUNGSSCHEMA AUS IGNORANZ UND ARROGANZ...“

Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes bereits einen enormen Beitrag zur Konsolidierung des Berliner Haushalts geleistet haben. Deshalb trete die Union für einen

Verzicht auf weitere Lohn- und Gehaltskürzungen im Öffentlichen Dienst ein. „Die vom Senat betriebene Abkopplung der Einkommensentwicklung der Beschäftigten von Bund, Ländern und Kommunen muss ein Ende haben“, sagt Schmitt und ergänzt, „Wir müssen verhindern, dass unsere Beamten und Angestellten abwandern. Der Senat verkennt völlig, dass die Berliner Verwaltung - was die Gehälter angeht - sich im Wettbewerb befindet. Ein Schritt über die Landesgrenze gibt es die Brandenburger Verwaltung und einen Schritt über die Straße die des Bundes.“

Der Berliner CDU-Chef legt besonderen Wert darauf, dass dieses Eintreten für eine faire Entlohnung des Öffentlichen Dienstes nicht nur eine personalrechtliche oder gar fiskalische Frage sein. „Es geht hier auch um den Umgang mit unserer Stadt“, sagt Schmitt. Die Menschen in Berlin wollten zu Recht saubere Grünanlagen, kurze Behördenwege sowie schnelle und korrekte Bearbeitung ihrer Anliegen. Für die Berliner CDU sei es deshalb unstrittig, dass ein leistungsfähiger und motivierter Öffentlicher Dienst als bürger- und wirtschaftsorientierter Standortfaktor unverzichtbar ist.

„... DIE MENSCHEN WOLLEN ZURECHT SAUBERE GRÜNANLAGEN UND KURZE BEHÖRDENWEGE ... “

Daher setze sich die Berliner CDU dafür ein, dass noch im Jahr 2008 eine vertretbare Tarifierhöhung, orientiert an der Inflationsrate durchgeführt werde. Darüber hinaus müsse ein Paket erarbeitet werden, das die langfristige Personalentwicklung thematisiert und die stufenweise Angleichung der Gehälter an den Bundesdurchschnitt verbindlich regelt. Schmitt betont außerdem noch ein oftmals vernachlässigtes Thema. „In vielen Bereichen der Verwaltung fehlt es schon heute an Nachwuchs und Fachleuten“, sagt er. Deshalb fordere die Berliner CDU zur Sicherung des vorhandenen Qualitätsangebotes der Berliner Verwaltung vom Senat die Schaffung eines verbindlichen Einstellungskorridors für den Öffentlichen Dienst.

„Was wolltest Du mit dem Dolche, sprich!“

Als hätte er es geahnt, legte Schiller diese Worte dem Tyrannen in der „Bürgschaft“ fragend in den Mund. Denn dieser Dolch ist mittlerweile über 20 Jahre verschwunden. Waren Schillers „Räuber“ am Werk?



Auf den ersten Blick fällt dem Betrachter des Schillerdenkmals auf dem Gendarmenmarkt das Defizit nicht auf.

Zum 100. Geburtstag des Dichters im Jahre 1859 gab die Stadt Berlin das Denkmal in Auftrag und legte gleichzeitig den Grundstein vor dem damaligen Königlichen Schauspielhaus. Der seinerzeit wohl angesagteste Bildhauer, Reinhold Begas (u.a. auch Neptunbrunnen, Alexander-von-

Humboldt-Sitzbild vor der Humboldt-Universität und Bismarckdenkmal am Großen Stern) machte sich ans Werk und schuf in zehn Jahren Arbeit das Denkmal Friedrich Schillers. Als Vorbild diente ihm die Schillerbüste seines Freundes Johann Heinrich von Dannecker, die der noch zu Schillers Lebzeiten 1794 schuf.

Begas gestaltete eine Marmorstatue mit einem Lorbeerkranz auf dem Haupte, dem Zeichen der Dichterswürde. Schiller steht in einem Brunnen, der von vier allegorischen Frauengestalten umgeben ist. Sie symbolisieren die Hauptgebiete seines Schaffens, also die Lyrik, das Drama, die Philosophie und die Geschichte. Keine hundert Jahre blieb Schiller am angestammten Ort. 1935 musste er der Umgestaltung des Gendarmenmarktes weichen. Vielleicht „überlebte“ das Denkmal deswegen den Zweiten Weltkrieg. 1951 stand Schiller dann wieder – allerdings im Lietzenseepark. Erst im Zuge des Wiederaufbaus des Schauspielhauses (Wiedereinweihung 1984) und eines Kulturaustausches zwischen Ost- und West-Berlin gelangte Schiller 1986 wieder auf seinen Ursprungsstandplatz, mit samt der ihn umgebenden Allegorien. Vollständig und frisch renoviert leuchtete der Marmor-Schiller vom Sockel, bewacht von der, im zur rechten sitzenden, Allegorie des Dramas, die in ihrer Rechten einen Dolch hielt. Keine zwei Wochen hielt sie dieses Mordwerkzeug in ihrer Hand. Eines Tages war

der Dolch verschwunden, in der Faust der Muse verblieb das Heft, der Griff.

Seit nunmehr über 20 Jahren sitzt sie unbewaffnet mit beballter Faust da und wartet, wieder mit den Insignien des Dramas ausgestattet zu werden. Bisher vergeblich und nun wenigstens auch politisch korrekt, denn das Tragen von Messern oder Dolchen in der Öffentlichkeit ist mittlerweile verboten.



MIT GANZEM HERZEN UND ERWIESENER FRECHHEIT

Bücher, wohin man blickt – jeder Raum der liebevoll eingerichteten Wohnung von Dr. Hanna-Renate Laurien beherbergt Hunderte davon. Es sind Zeugnisse der Wissbegierigkeit einer „menschfreundlichen Intelligenzbestie“, wie DIE ZEIT Laurien einmal anerkennend nannte. Inmitten all der Bücher und Fotografien aus vergangenen Tagen steht ein neuer, moderner Computer – eine wunderbare Verbindung aus Bewährtem und Fortschritt, die das Leben der oftmals als „Grande Dame der Berliner CDU“ bezeichneten Hanna-Renate Laurien seit jeher prägt.



Im April diesen Jahres wird Dr. Hanna-Renate Laurien 80 Jahre alt. Ihre beeindruckende Karriere von der Oberstudiendirektorin in Köln zur Kultusministerin von Rheinland-Pfalz, Schulsenatorin von Berlin, Bürgermeisterin und Stellvertreterin des Regierenden Bürgermeisters Eberhard Diepgen und Präsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses hat sie eigenen Angaben zufolge einer ordentlichen Portion „erwiesener Frechheit“ zu verdanken. Mutig und konsequent vertritt sie noch heute ihre Überzeugungen, ihre resolute, aber freundliche Art brachte ihr den Spitznamen „Hanna-Granate“ ein. Bekannt für ihr vielfältiges Engagement und ihren unermüdlichen Kampf gegen Rechtsextremismus wurde die überzeugte Katholikin, die 1966 der

eine schwangere Schülerin entgegen der damals geltenden Gesetze zum Abitur zugelassen wurde – eine Sensation zur damaligen Zeit, die im Folgenden zur Änderung des nordrhein-westfälischen Schulgesetzes führte. Auch in den acht Jahren als Berliner Schulsenatorin bewegte Hanna-Renate Laurien einiges. „Genau 225 Schulen“ habe sie während ihrer Amtszeit besucht, mit unzähligen Schulleitern, Lehrern und Schülern gesprochen und stets mit ihnen gemeinsam nach pragmatischen Lösungen gesucht. Bis heute ist sie für viele Berlinerinnen und Berliner ein wichtiger Ansprechpartner. Ideologische Experimente in der Schulpolitik lehnt Laurien strikt ab: „Die Schule gehört keiner Partei! Die Kinder haben einen Anspruch darauf, informiert und nicht indoktriniert zu werden.“ In diesem Zusammenhang sei die von Rot-Rot geplante Einheitsschule „der größte Irrsinn, den es gibt“. Vielmehr müsse Wert auf die Stärkung aller Schularten des bewährten dreigliedrigen Schulsystems und die Durchlässigkeit im Sinne eines „Abschlusses mit Anschluss“ gelegt werden. Unablässig seien auch Motivation, die Schaffung von Vertrauen zwischen Schülern und Lehrern und die Förderung der individuellen Begabungen der Schüler sowie die Einbindung ihrer Familien.



CDU beitrug, im Laufe ihres bisherigen Lebens mit zahlreichen Preisen und Ehrungen ausgezeichnet. Doch „Ehrenzeichen lassen mich kalt“ wiegelt sie ab. Das Ergebnis zählt. So wie 1967, als sie als Oberstudiendirektorin eines Kölner Mädchengymnasiums durchsetzte, dass

Hanna-Renate Laurien sitzt in ihrem Arbeitszimmer zwischen all den Büchern und lächelt. Sie ist immer noch mit ganzem Herzen dabei. Ihre „erwiesene Frechheit“ hat vieles bewegt.

Herzlichen Glückwunsch zum 85. Geburtstag, Klaus Franke!

Am 11. April feierte der ehemalige Senator für Bau- und Wohnungswesen, Klaus Franke, seinen 85. Geburtstag. Der in Berlin geborene Fregattenkapitän a.D. war nach seinem Abitur 1941 bis 1945 bei der Kriegsmarine zuletzt als Leutnant zur See tätig. Nach kurzer Kriegsgefangenschaft arbeitete er bis 1956 für verschiedene amerikanische und britische Dienststellen in Berlin und Lüneburg. Seit 1955 ist Klaus Franke Mitglied der CDU. Seit 1958 bis 1964 war er Bezirksverordneter in Steglitz, ab März 1964 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin. Als Senator für Bau- und Wohnungswesen wirkte Klaus Franke von 1983 bis 1986. Im Berliner Abgeordnetenhaus hatte er auch die Funktion des stellvertretenden Präsidenten des Abgeordnetenhauses inne und war von Dezember 1990 bis November 1999 Vorsitzender des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses.

Wir wünschen Klaus Franke alles Gute, Gesundheit, noch viele Jahre im Kreise seiner Familie und jederzeit „eine Handbreit Wasser unter dem Kiel“.



DAS TEMPELHOF-REZEPT

MAN NEHME...

... einen Chancen-Flughafen für ganz Berlin

Eine Stadt mit viel zu wenig Arbeitsplätzen braucht vor allem eines: Investitionen für mehr Arbeit! Der City-Flughafen Tempelhof ist ein wichtiger Standortvorteil im internationalen Konkurrenzkampf um Investoren – und von diesem Vorteil profitiert ganz Berlin.

... kein Risiko für BBI

Der Weiterbetrieb des Flughafens Tempelhof stellt keine Gefahr für BBI dar – zu diesem Schluss kommen der Experte für Luftverkehrsrecht, Prof. Giemulla (TU Berlin), sowie weitere juristische Gutachten (z.B. des SPD-geführten Bundesfinanzministeriums).

... etwas Metropolen-Flair

Berlin ist nicht Klein-Kleckersdorf, sondern eine Metropole. Und weltweit gibt es keine einzige Metropole ohne eigenen Flughafen. Der Konsensbeschluss von 1996 wurde mit Aussicht auf die Länderfusion zwischen Berlin und Brandenburg gefasst – diese ist jedoch nicht eingetreten.

... Arbeitsplätze statt Grillplätze

Bis zu 5.000 neue Arbeitsplätze, 350 Mio. Investitionen – die Investoren Lauder und Lang-

hammer stehen weiterhin zu ihrem Konzept für Tempelhof. Was die Schließungsbefürworter wollen? Einen Park, Grillplätze... doch daran mangelt es Berlin bestimmt nicht!

... Entlastung für den Berliner Steuerzahler

43 Mio. jährlich kostet die Schließung Tempelhofs den Berliner Steuerzahler. Zusätzlich würden Berlin durch die Schließung aller eigenen Flughäfen jedes Jahr mehrere Mio. Steuereinnahmen aus dem Flugverkehr entgehen, die dann ersatzlos nach Brandenburg fließen.

... Umweltschutz

Experten sagen, dass BBI bereits bei seiner Eröffnung zu klein sein wird. Als Landeplatz für kleine Privat- und Geschäftsflyer könnte der Flughafen Tempelhof eine sinnvolle Ergänzung und Entlastung für BBI sein und somit umweltschädliche „Staus“ am Boden und in der Luft vermeiden. Außerdem ist die abgesperrte Flugplatzfläche heute ein geschütztes Biotop – mit der Bebauung oder Öffnung wäre damit Schluss.

... ein bedeutendes Symbol für Freiheit und Demokratie

Seit der Berliner Luftbrücke ist der Flughafen Tempelhof ein Symbol für den Kampf um die Freiheit Berlins und für die Niederlage des Kommunismus. Dieses Symbol soll zugunsten



einer Neubewertung der kommunistischen Vergangenheit der SED-Nachfolgepartei Die Linke aus dem kollektiven Gedächtnis Berlins getilgt werden, so der Historiker und DDR-Experte Prof. Wilke.

... den Bürgerwillen ernst

Über 70% haben sich in Umfragen für den Erhalt des Flughafens Tempelhof ausgesprochen, über 200.000 haben für das Volksbegehren unterschrieben – ein Großteil davon sind direkte Flughafenanwohner. Doch der rot-rote Senat ignoriert dieses mächtige Zeichen des Bürgerwillens einfach und behindert die Tempelhofbefürworter wo er kann.

SO STIMMT



BERLIN FÜR TEMPELHOF

per Brief

Auf der Rückseite Ihrer Wahlbenachrichtigung können Sie die Abstimmung per Brief beantragen. Einfach ausfüllen und bis 25. April zurücksenden. Aber nicht vergessen: Der Brief muss ausreichend frankiert sein (0,55 €). Die Abstimmungsunterlagen erhalten Sie dann zusammen mit einem Merkblatt per Post nach Hause. Dieser Brief ist dann für Sie kostenfrei.

Hinweis: Im Internet unter www.wahlen-berlin.de und dem Punkt „Briefabstimmung“ können Sie ebenfalls Ihre Briefwahlunterlagen online anfordern. Das spart das Porto für den Anforderungsbrief.

sofort im Bezirkswahlamt

In Ihrem Wahlamt (Adresse auf Ihrer Wahlbenachrichtigung) stehen jederzeit Wahlkabinen für Sie offen. Bitte vergessen Sie nicht Ihren Personalausweis!

am 27. April im Wahllokal

Oder Sie stimmen ganz normal in Ihrem Wahllokal ab. Am 27. April sind sie von 8-18 Uhr für Sie geöffnet. Bitte denken Sie an Ihren Personalausweis!

Letztendlich ist aber egal, wo und wann Sie abstimmen. Die Hauptsache ist: Sie stimmen mit **JA** für Tempelhof!

Deutschlands erstes Kinder- und Familienradio

Radio
TEDDY
mein erstes Radio **106.8**

**Schnell
einschalten!**



Jetzt überall
europaweit über
ASTRA Digital
empfangbar!*

*Frequenz 12.2460 GHz vertikal, Transponder 92
(Symbolrate 27,5 Msymb/s, FEC 3/4), Satelliten
Astra, 19,2° und in Berlin auf UKW 106.8 MHz

Hotline 0137 555 1068
(14 ct/Anruf aus dem dt.Festnetz)

+++ www.radioteddy.de +++ www.radioteddy.de +++ www.radioteddy.de

Aus 6 mach 2 -

oder Mathematik für Tempelhof

Das Schöne an der Mathematik ist, das zwei plus zwei meistens vier ergibt und sich auch politische Wettbewerber darüber einig sein sollten. Will heißen, dass alle Zahlen Zahlenkombinationen, Additionen und Subtraktionen von Passagierzahlen, Flugbewegungen, Eurobeträgen und auch die ökologisch relevanten Zahlen, wie z. B. die CO²-Ausstoß-Einsparungen für den dringenden Erhalt des Flughafens Tempelhof sprechen.

Aus sechs Start- und Landebahnen zur Zeit, davon jeweils zwei in Tegel, Tempelhof und Schönefeld, werden nur zwei in BBI übrig bleiben. Zur Zeit ist in Schönefeld ohnehin nur eine Bahn nutzbar, da die Nordbahn für den Autobahnanschluss bereits teilweise abgerissen wurde. Die Passagierzahlen sind aber auch 2007 wieder enorm gestiegen, genauer um 8,3 % oder besser auf 20,04 Millionen Passagiere. Der Geschäfts- und Charterflugverkehr hat in Berlin sogar Zuwachsraten von 20 % jährlich. Die Attraktivität der Stadt Berlin, die EU-Osterweiterung und die Zunahme des Billigflugverkehrs mögen Gründe dafür sein.

Doch wie wird im Berliner Senat und der Flughafengesellschaft mit diesen Zahlen umgegangen? Die Tatsache, dass Passagierkapazitäten in Tempelhof von bis zu 2 Millionen vorhanden sind wird tapfer ignoriert. Stattdessen wabern Pläne durch die Medien, auf dem Flughafen Tegel das neue Parkhaus P5 in ein weiteres Abfertigungsterminal umzuwandeln. Tegel war bei seiner Fertigstellung 1974 für sieben Millionen Passagiere ausgelegt. Mittlerweile bewältigt der Flughafen alleine fast die doppelte Menge. Pikanterweise ist daran der heutige Parlamentspräsident Walter Momper nicht ganz unschuldig. Denn ursprünglich sollte das große wabenförmige Terminal A spiegelbildlich schon vor dem Mauerfall

um das Terminal B ergänzt werden. Doch dieses Vorhaben wurde in der kurzen Regierungszeit des SPD/AL-Senats unter der Führung von Walter Momper 1989 beerdigt. Eine ebenso fatale Fehleinschätzung damals, wie die des jetzigen Wowereit-Senats bei seiner Einstellung zu Tempelhof. Angeblich unrentabel sprechen auch hier die Zahlen eine andere Sprache: die noch nicht vom Flughafen Tempelhof vertriebene Fluglinie Brüssel Airlines vermeldet eine Verdoppelung ihrer Abflüge von Tempelhof auf nun täglich sechs Verbindungen innerhalb von zwei Jahren. Doch statt auf reale Zahlen zu reagieren verschanzt sich ROT-ROT hinter der Behauptung, die Offenhaltung von Tempelhof würde BBI gefährden. Darüber freut sich Klaus Wowereits Parteigenosse und Amtskollege Matthias Platzeck in Brandenburg. Denn dort wird mit großer Freude der Flugplatz Schönhagen, südlich von Berlin, ausgebaut. Gerade wurde die Landebahn verlängert und der Platz instrumentenanflugtauglich gemacht.

Das Verkehrsaufkommen stieg im Vorjahresvergleich um 32 %. Am ersten April wurde schon wieder ein neuer Flugzeughangar in Betrieb genommen. 28 Firmen und 160 Beschäftigte sind auf dem Flughafenareal zu finden. Zahlen, die auch Tempelhof zugute gekommen wären. Und ein Flughafen, der, weil in Brandenburg, BBI nicht gefährdet? Der Flughafen Straußberg wird gerade für 4,6 Millionen Euro an russische Investoren verkauft, die dann noch einmal zwei Millionen Euro in den Ausbau investieren.

Das Interesse an einem funktionierenden Geschäfts- und Charterflughafen ist enorm und alle Zahlen sprechen dafür. Tempelhof bietet all das, was woanders erst mühevoll aufgebaut werden muss. Man muss nur eins und eins zusammenrechnen können.

TEMPELHOF: LANDEPLATZ FÜR IDEEN UND INVESTITIONEN

„Das Volksbegehren, bei dem 205.000 Berliner für Tempelhof abstimmten, ist ein wirklich großer Erfolg“, so Friedbert Pflüger, CDU-Fraktionschef im Abgeordnetenhaus. Dank gebühre allen Unterzeichnern und den vielen Tausend Helfern, die bei Wind und Wetter monatelang auf der Straße standen, um zu werben, z.B. die Mitglieder der vielen Ortsverbände, der Senioren-Union, der Jungen Union und der CDA.

mehr Arbeitsplätze, neue Unternehmen und frisches Geld in ihrer Stadt haben wollen. Richard Gooding, Geschäftsführer des Londoner City-Airports, sagt an die Adresse Wowereits: „Wenn Sie Tempelhof schließen, machen Sie einen großen Fehler. Tempelhof zu schließen, ist eine Verschwendung öffentlichen Vermögens.“ Die Bahn steht zu ihrem Angebot auf Übernahme des Flugbetriebs. Ronald S. Lauder erneuerte sein Angebot zur Investition von 350 Mio. Euro in

Geschäftsflugverkehr um 20 Prozent stoße BBI bereits bei seiner Eröffnung an die Kapazitätsgrenzen.

„Tempelhof ist Freiheitsstatue Berlins“

Pflüger erinnerte an die Worte von Gail Halvorsen, des Piloten der Luftbrücke und Initiators der „Rosinenbomber“, der bei 123 eigenen Hilfsflü-



So hat es am 15. Oktober 2007 begonnen. Die CDU-Politiker Peter Rzepka, Frank Henkel, Friedbert Pflüger und Ingo Schmitt (1. Reihe v.l.n.r.) beim Beginn des Volksbegehrens vor dem Rathaus Schöneberg.

Pflüger rief gleichzeitig alle Berliner auf, beim anstehenden Volksentscheid am 27. April noch einmal „eine großartige Volksbewegung“ zu starten, die den Senat zwingt, die Schließung Tempelhofs zu stoppen: „In den ersten Tagen haben bereits weit mehr als 100.000 Bürger ihren Antrag auf Briefwahl eingereicht. Das Thema Flughafen Tempelhof bewegt die Menschen aus unterschiedlichen Gründen: Legitime Emotionen und Erinnerungen an die Luftbrücke während der Berlin-Blockade in den Jahren 1948/49. Andere wiederum wollen Tempelhof als künftigen Landeplatz für Ideen und Investitionen erhalten. Wir wollen das auch und werden mit aller Kraft bis zum Abend des 27. April um jede Stimme kämpfen.“

Worum geht es jetzt konkret:

Arbeitsplätze statt Grillplätze

Es geht um die Entscheidung, ob die Berliner noch mehr Parks und Grillplätze, oder endlich

ein internationales Gesundheitszentrum mit bis zu 5000 neuen Arbeitsplätzen: „Die ablehnende Haltung Wowereits ist eine Schande. Ich habe noch nie jemanden getroffen, der so unwillig ist, zuzuhören. Wo immer ich hinkomme und einer Regierung eine Investition vorschlage, werde ich mit offenen Armen empfangen. Nur hier nicht. Die Berliner werden für die leeren Gebäude zahlen müssen – 12 Mio. Euro im Jahr. Sie stehen seit Jahren leer, weil keiner ein Programm hatte – wir haben eines!“

„Tempelhof bedeutet Null Risiko für BBI“

Der Berliner Luftverkehrsrechtsexperte Prof. Elmar Giemulla, bestätigte: Das Risiko einer Gefährdung von BBI durch die Offenhaltung Tempelhofs für den Geschäftsflugverkehr sei „gleich Null“, denn „wer wirklich will, dass sich BBI zu einem internationalen Großflughafen entwickelt, darf Tempelhof nicht schließen.“ Allein aufgrund jährlicher Wachstumswahlen beim

gen nach Tempelhof Schokolade an Taschentüchern befestigt über der Einflugschneise abwarf, und damit viele Kinderherzen in der zerbombten Stadt ein wenig glücklicher machte. Halvorsen: „Tempelhof ist die Freiheitsstatue Berlins. Dieser Flughafen darf nicht geschlossen werden.“

„Wowereit wird sich bewegen“

Pflüger abschließend: „Es geht am 27. April einzeln und allein um die Sache. Und deshalb haben sich auch SPD-Prominente wie Altbundeskanzler Helmut Schmidt und der Publizist Michael S. Cullen eindringlich für Tempelhof ausgesprochen.“

Der ehemalige Berliner SPD-Senator, Klaus Riebschläger, ist sich sicher: „Ein erfolgreicher Volksentscheid wird auch etwas bei Klaus Wowereit in Bewegung setzen.“ Richtig, denn es heißt in der Verfassung nicht Volksratschlag. Es heißt Volksentscheid. Wir sind das Volk. Und wir wollen den Flughafen Tempelhof erhalten.“

RÜCKBLICK AUF 1968

„Aus Diskussionen wurde Gewalt“

40 Jahre 68er. In diesem Jahr blicken die Medien auf die Zeiten der Studentenrevolte zurück, welche besonders in Berlin ihre Höhepunkte hatte. Die Berliner Rundschau sprach mit dem Vizepräsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses und Kulturpolitiker Dr. Uwe Lehmann-Brauns (CDU) über diese Zeit.

Werten. Der Marsch in eine andere Republik begann....

BR: ... mit zum Teil rabiaten und extremen Mitteln?

Lehmann-Brauns: Ja. Das KaDeWe wurde mit Brandstiftung bedroht, der Schah-Besuch

Demokratie und der Rechtsstaat sollten abgeschafft werden.

BR: Wie kam es dazu?

Lehmann-Brauns: Es gibt viele Begründungsversuche, z. B. den Generationenkonflikt, den Vietnam-Krieg, die Not der Dritten Welt, gesellschaftspolitische Enge in der Bundesrepublik mag alles sein, oder auch nicht. Aber sie alle können nicht begründen, weshalb etwa Fischer einen Polizeibeamten halb tot schlug, Dutschke das parlamentarische System mit Gewalt abschaffen wollte, weshalb die 68er-Bewegung im Angesicht der DDR-Diktatur im freien Teil Berlins ein sozialistisches Rätssystem etablieren wollte, durchaus mit Gewalt. Das alles bleibt rational unerklärbar, auch heute noch, auch von denen, die ihre Irrtümer einzusehen begonnen haben.

BR: Sie traten 1966 in die CDU ein, warum haben Sie nicht bei den 68ern mitgemacht?

Lehmann-Brauns: Auch ich empfand den Mief jener Zeit, den Hochmut der Professoren, den Stillstand der Politik. Ich hatte einzelne Begegnungen mit 68ern, durchaus sympathischen, hellen Köpfen voller Tatendrang. Aber sie hatten ein mich abstoßendes Defizit: Ihnen war der Kalte Krieg egal, die Mauer, der Schießbefehl, der Einmarsch des Sowjetblocks 1968 in Prag. Zunehmend ging etwas Heftiges, Einschüchterndes, Höhnisches, Gewaltiges von ihnen aus. Mir persönlich war der Kampf gegen die SED-Diktatur vor meiner Nase elementarer als die Befreiung Nicaraguas. Wegen Missständen in der parlamentarischen Demokratie wollte ich diese nicht abschaffen, sondern stetig verbessern.

Deshalb schloss ich mich der Union an, der einzigen Partei, die auf der Wiedervereinigung Deutschlands bestand. Wir galten als reaktionär, spät-bürgerlich, entspannungsfeindlich und wurden von der mehrheitlich linken Öffentlichkeit von oben herab behandelt. Diese Herausforderung nahm ich gerne an. Seit von Weizsäcker ließ mir die Partei freie Hand und ich verlebte gemeinsam mit reformorientierten

Parteifreunden eine anregende, aufregende, kämpferische Zeit gegenüber den allmählich in Sektierergruppen zerfallenden 68ern. Deren endgültiges Aus kam 1989 mit dem Zerfall der DDR-Diktatur.

Heute haben sich, ähnlich wie die Mittäter der DDR, nicht allzu viele 68er ausdrücklich von ihren Irrtümern und Gewalttätigkeiten von einst distanzieren. Aber die Republik ist nicht untergegangen, ist um eine Erfahrung reicher. Nichts hindert uns, entspannt festzustellen: de mortuis nihil nisi bene. („Über Verstorbene nur wohlwollend.“)



„Mir persönlich war der Kampf gegen die SED-Diktatur vor meiner Nase elementarer als die Befreiung Nicaraguas“. Dr. Uwe Lehmann-Brauns am ehemaligen Mauerstreifen vor dem Axel-Springer-Verlag, einem der „Lieblingsgegner“ der 68er

BR: Rückblicke heute zeigen Nackte in einer Wohngemeinschaft, Straßenschlachten mit einer prügelnden Polizei, besetzte Hörsäle und ansonsten einen damaligen Straßenkämpfer, der es bis zum Vize-Kanzler und Außenminister gebracht hat. Was wollten die „68er“?

Lehmann-Brauns: Eine andere Republik

BR: Von Anfang an?

Lehmann-Brauns: Der so genannten Apo (Außerparlamentarische Opposition) ging es noch um die Infragestellung autoritärer Strukturen, um Emanzipation der Frauen, um eine fällige Abrechnung mit der Nazizeit, um frischen Wind in der muffigen Universitätslandschaft, um neue Fragestellungen in einer schläfrig gewordenen westlichen Gesellschaft. Die heute exzellente, damals autoritäre Freie Universität strotzte vor Professorenhochmut, der nicht überall von besonderer Leistungsfähigkeit begleitet war.

BR: Also war das Aufbegehren berechtigt?

Lehmann-Brauns: Nur zu Anfang. Aber der Kalte Krieg als solcher, die Abschnürung der Halbstadt Westberlin, die Spaltung Deutschlands wurde von den 68er schnell verdrängt. Ihre Haare wurden länger, die Umgangsformen lockerer, das Interesse an Politik nahm zu, aber damit auch die Abwendung von den bürgerlichen

wurde zum Vorwand gewaltsamer Demonstrationen. Die Gewalt begann nach dem Attentat auf Dutschke zu eskalieren. Es kam zu Straßenschlachten mit der Polizei, Brandanschlägen auf Axel Springers Zeitungskonzern, der sich damals gegen den Trend der Abwanderung aus Westberlin entschlossen hatte, demonstrativ an der Mauer sein Medienzentrum aufzubauen. Die einstigen Apo-Götter, wie Herbert Marcuse und Theodor Adorno, Richard Löwenthal, Alexander Schwan, hatten ausgespielt, Marx und Mao traten an ihre Stelle.

BR: Was veränderte sich in dieser Zeit?

Lehmann-Brauns: Aus Diskussionen wurde Gewalt, aus Reformen Revolution, aus Studentenprotesten Straßenschlachten. Hatten Berliner Jugendliche wenige Jahre zuvor noch Kennedy am Rathaus Schöneberg zugejubelt, so wurden nun aus Tunnelbauern unter der Mauer die DDR anerkennende Realisten, aus USA-Freunden Anti-Amerikaner mit dem Schlachtruf „Amis raus aus Westberlin“. Aus radikalen Demokraten waren Marxisten geworden.

Die Mauer, die Spaltung Deutschlands und Europas waren ihnen egal. Die parlamentarische

„Die Mauer, die Spaltung Deutschlands und Europas waren ihnen egal.“

„Konfuzius sagt:
Lebe lang und reise weit!“

Peking ab 319 €

Shanghai ab 329 €

One-Way-Komplettpreise inkl. Service
und Meilen, ab Mai 2008



airberlin.com
Your Airline.

DIE CDU IN DEN BERLINER BEZIRKEN

GESCHÄFTSSTELLEN UND BÜRGERBÜROS

Reinickendorf

Alt-Reinickendorf 38, 13407 Berlin
Tel.: 496 12 46, Fax : 496 30 53
Email: info@cdu-reinickendorf.de
Internet: www.cdu-reinickendorf.de

Spandau

Hoher Steinweg 4, 13597 Berlin
Tel.: 333 11 33, Fax: 333 95 23
Email: info@cdu-spandau.de
Internet: www.spandau-partei-cdu.de

Steglitz-Zehlendorf

Clayallee 349, 14169 Berlin
Tel.: 791 17 89, Fax: 797 011 71
Email: kontakt@cdusz.de
Internet: www.cdusz.de

Charlottenburg-Wilmersdorf

Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin
Tel.: 341 35 34, Fax: 341 02 50
Email: info@city-cdu.de
Internet: www.city-cdu.de

Tempelhof-Schöneberg

Tempelhofer Damm 158/160, 12099 Berlin
Tel.: 751 33 88, Fax: 752 22 74
Email: cdu_tempelhof@t-online.de
Internet: www.cdu-tempelhof-schoeneberg.de

Mitte

Wallstr. 14 A, 10179 Berlin
Tel.: 395 27 80, Fax: 3903 4144
Email: cdukv0509@aol.com
Internet: www.cduberlinmitte.de

Neukölln

Donaustr. 100 , 12043 Berlin
Tel.: 687 22 99, Fax: 681 77 41
Email: info@cdu-neukoelln.de
Internet: www.cdu-neukoelln.de

Pankow

Prenzlauer Promenade 179, 13189 Berlin
Tel.: 428 74 81, Fax: 428 06 377
Email: kgs@cdupankow.de
Internet: www.cdupankow.de

Lichtenberg

Siegfriedstr. 204 C, 10365 Berlin
Tel.: 9760 1933, Fax: 9760 1928
Email: cdu-lichtenberg@t-online.de
Internet: www.cdulichtenberg.de

Wuhletal (Marzahn-Hellersdorf)

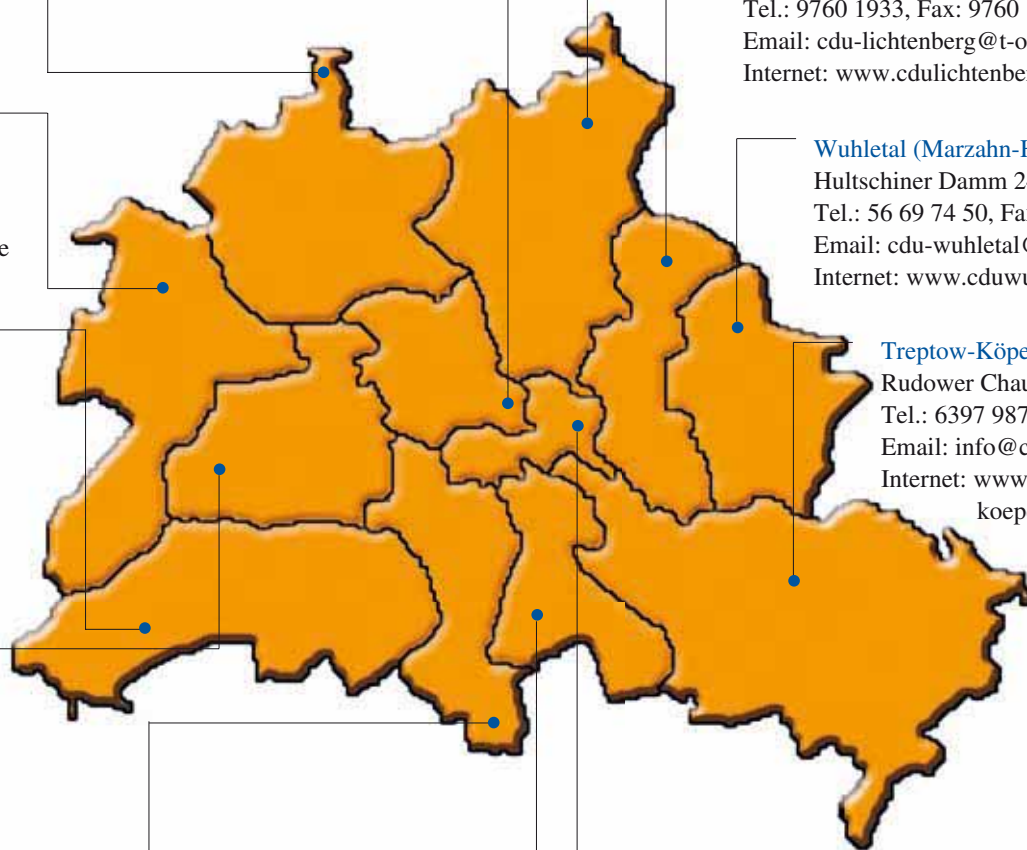
Hultschiner Damm 24, 12623 Berlin
Tel.: 56 69 74 50, Fax: 56 69 74 55
Email: cdu-wuhletal@t-online.de
Internet: www.cduwuhletal.de

Treptow-Köpenick

Rudower Chaussee 12, 12489 Berlin
Tel.: 6397 9871, Fax: 6397 9872
Email: info@cdu-tk.de
Internet: www.cdu-treptow-koepenick.de

Friedrichshain-Kreuzberg

Markgrafenstraße 87, 10969 Berlin
Tel.: 2529 9580, Fax: 2529 9582
Email: cdukv0502@aol.com
Internet: www.friedrichshain-kreuzberg-cdu.de



„Wortbruch kann viele Facetten haben [...] Ich habe in der Tat versprochen: nicht mit den Linken [...] Ich werde dieses Versprechen vielleicht nicht halten können. Das ist so.“
Andrea Ypsilanti, ARD Tagesthemen, 4.3.2008

„Ich kann nicht erkennen, dass ich mein Wort gebrochen habe.“
Kurt Beck, Bundespressekonferenz, Phoenix, 10.3.2008

„Wer die Mehrheitsmeinung der Partei nicht mit vertreten kann, muss die Konsequenzen ziehen und sein Mandat zurückgeben.“
Andrea Ypsilanti über Dagmar Metzger, Frankfurter Rundschau, 10.3.2008

„Das Verhalten von Frau Metzger ist legitim. Sie deswegen zu bedrohen, halte ich für unzulässig. [...]“
Peter Struck, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 16.3.2008
„Wenn man aber vorher gesagt hat: ‚Mit dem auf

„Zitate des Monats März 2008“

keinen Fall‘ –dann muss man gefälligst dabei bleiben.“
Helmut Schmidt, Das Zeit Magazin, 27.3.2008

„Ich schließe aber auf Dauer keine Option aus, auch nicht die einer rot-grünen Minderheitsregierung mit den Stimmen der Linken.“
Andrea Ypsilanti, Frankfurter Rundschau, 31.3.2008

„Ich habe Kurt Beck nirgendwo hingebraht. Das war ganz allein seine Entscheidung, für die er als Parteivorsitzender im Bund die Verantwortung trägt.“
Andrea Ypsilanti, Leipziger Volkszeitung, 28.3.2008

„Es war ein Fehler, ich sage das ja.“
Kurt Beck in der Sendung „Beckmann“, ARD, 17.3.2008

„Der kann es nicht.“

Gerhard Schröder laut Welt am Sonntag vom 30.3.2008 über Kurt Beck.

„Er [Kurt Beck] hat nur den Vorhang weggezogen. Jetzt sieht man, wie weit die SPD schon gekommen ist.“
Gunter Weißgerber, SPD-MdB, Spiegel online, 5.3.2008

„Jede Ausgrenzung der Linkspartei ist auf Dauer nicht durchhaltbar.“
Ottmar Schreiner, SPD-Linke, Welt am Sonntag, 16.3.2008

„Ich stehe nun schon sehr lange für diese Position. Die hat sich jetzt insofern verändert, dass ich nun nicht mehr alleine bin.“
Klaus Wowereit über Koalitionen mit der Linkspartei, Frankfurter Rundschau, 7.3.2008

„Erst müssen die Inhalte geklärt werden, mit denen wir ins Wahljahr gehen wollen. Die Personalfragen folgen dann.“

AUS DEM BUNDESTAG

RENTENERHÖHUNG LÄNGST ÜBERFÄLLIG

Nachdem die rund 20 Millionen Rentner in Deutschland bereits im vergangenen Jahr auf Betreiben der CDU-geführten Großen Koalition eine Rentenerhöhung erhalten haben, hat sich die Bundesregierung nun auch für dieses Jahr zu einer erneuten Anhebung der Renten entschlossen. Ab dem 1. Juli werden 1,1 Prozent monatlich mehr gezahlt. Im nächsten Jahr soll es sogar eine Erhöhung von 2 Prozent geben. Für den CDU-Landesvorsitzenden **Ingo Schmitt**, MdB, war dieser Schritt längst überfällig:

„Tatsache ist, dass die Rentner in den letzten Jahren am wenigsten am allgemeinen Wirtschaftsaufschwung beteiligt wurden. Die rot-grüne Bundesregierung unter Alt-Kanzler Schröder hatte - vor der Erhöhung in 2007 - zuletzt im Jahr 2003 die Renten erhöht, so dass es jetzt mehr als ange-

messen erscheint, dieser großen Bevölkerungsgruppe, die durch ihre harte Arbeit nach den Kriegsjahren viel für unser Land geleistet hat, etwas zukommen zu lassen. Ziel der Union ist es, alle Generationen nach ihren Bedürfnissen entsprechend zu berücksichtigen. In

Deutschland gibt es viele alte Menschen, die am Existenzminimum leben und für die die Rentenanpassung dringend notwendig ist. Dass diese jedoch maßvoll zu erfolgen hat, ist ein Gebot der Generationengerechtigkeit, denn die Jüngeren, die das Rentensystem durch ihre tägliche Arbeit finanzieren, dürfen nicht über Gebühr belastet werden.“

SDEROT - EINE STADT UNTER BESCHUSS

Sderot ist die Partnergemeinde von Steglitz-Zehlendorf. Unbeachtet von der Weltöffentlichkeit liegt sie fast täglich unter Raketenbeschuss aus dem nahegelegenen palästinensischen Gaza-Streifen. **Georg Wellmann** (rechts im Bild), direkt gewählter Bundestagsabgeordneter, wollte wissen, wie das Leben dort ist. In seiner Begleitung war der Steglitz-Zehlendorfer Bürgermeister Norbert Kopp, der BZ-Chefreporter Gunnar Schupelius, der Berliner Unternehmer Hans Wall und der Publizist Georg Gafron.

Immer wieder werden Menschen durch Raketen verletzt. Wenn der „Rote Alarm“ losgeht, bleiben 15 Sekunden, einen Bunker aufzusuchen. Am 09.02.2008 hat der 8-jährige Osher Twito es nicht geschafft. Eine Rakete hat ihm sein Bein abgerissen. Wellmann: „Wir haben die Stelle besucht, an der Osher Twito getroffen wurde. Hans Wall hat spontan erklärt, er übernehme für das Kind die Kosten der Ausbildung. Georg Gafron wird die Fa-



milie für vier Wochen zu einem Erholungsurlaub nach Deutschland einladen.“

Es führe kein Weg daran vorbei, sagt der CDU-Politiker, Frieden im Nahen Osten zu schaffen. Israel wolle mit seinen Nachbarn und mit den Palästinensern in Frieden zusammen leben. Wellmann berichtet: „Im Sommer 2005 hat Israel den Gaza-Streifen in der Hoffnung geräumt, dieses werde zum Frieden beitragen. Im November 2007 fand die Friedenskonferenz von Anapolis statt. Die Internationale Staatengemeinschaft hat sich verpflichtet, über 5 Milliarden Dollar aufzubringen, um die palästinensischen Gebiete zu entwickeln. Die Antwort der Terroristen sind Kassam-Raketen. Im Durchschnitt täglich 5 bis 10, 700 seit 2001.“ Gemeinsam mit dem Bezirk Steglitz-Zehlendorf werde man auch künftig Solidarität mit den Menschen in Sderot zeigen, betont er, und die Partnerschaftskontakte weiter vertiefen.

KULTUR IN BERLIN UND FÜR DEUTSCHLAND

Die Bundesregierung fördert die Hauptstadt Kultur in Berlin mit insgesamt 420 Millionen Euro. Das ist mehr als ein Drittel des jährlichen Kulturetats des Bundes von ca. 1,1 Milliarden Euro. Anlass genug für die CDU-Bundestagsabgeordneten Prof.



Monika Grütters und **Peter Rzepka** (links und rechts im Bild) den Staatsminister für Kultur und Medien, Bernd Neumann (Bild-Mitte), zu einer großen Diskussionsveranstaltung in den Ratskeller des Schöneberger Rathauses am John-F.-Kennedy-Platz einzuladen.

Neumann betonte, dass Kultur die Grundlagen und Orientierungen unserer Nation prägt und Wirkungen weit über die Gren-

zen Deutschlands hinaus entfaltet. Bestes Beispiel hierfür sei die Museumsinsel, die den Status als „Weltkulturerbe der Menschheit“ besitzt. Er sprach sich ausdrücklich für die Verankerung der Kultur als Staatsziel im Grundgesetz aus. In der anschließenden angeregten Diskussion sicherte er die zügige Errichtung eines Freiheits- und Einheitsdenkmals zu, mit dem der Bund sowohl an die Wende im Jahre 1989 als auch an frühere deutsche Freiheitsbewegungen wie die von 1848 erinnern wolle. Grütters, die von Neumann als sachkundige Kollegin gelobt wurde, nannte Neumann „einen großen Freund der Hauptstadt“.

ERBSCHAFTSSTEUERREFORM ÄNDERN

Unternehmen können heute schlecht vererbt werden. Hauptursache: Das veraltete Erbschaftssteuerrecht. Es belastet vor allem kleine und mittlere Unternehmen und macht eine Betriebsübernahme in vielen Fällen unrentabel. Der Spandauer-Bundestagsabgeordnete **Kai Wegner** kritisiert: „Das Nachsehen haben die Beschäftigten, die ohne Not ihren Arbeitsplatz verlieren.“ Aus diesem Grund hat die Union die Reform des Erbschaftssteuerrechts an das Ziel einer langfristigen Sicherung der im „Jobmotor“ Mittelstand geschaffenen Arbeitsplätze geknüpft. Der von Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) vorgestellte Gesetzentwurf erreicht dieses Ziel nicht. Zum einen führt er zu einer unangemessenen Doppelbelastung von Erbschaftssteuer und Einkommensteuer, zum anderen führt er durch zahlreiche bürokratische Regelungen zu rechtlichen Unsicherheiten, die sich wiederum negativ auf die Möglichkeit einer Betriebsübernahme auswirken. Darüber hinaus würde der Gesetzentwurf auch zu einer durch nichts zu begründenden stärkeren Belastung beim Vererben von selbst genutzten Wohnimmobilien führen.

Vor diesem Hintergrund setze ich mich derzeit gemeinsam mit meinen Fraktionskollegen im Gesetzgebungsverfahren für eine kritische Überprüfung der Reform ein, um am Ende zu einer mittelstands- und eigentumsfreundlichen Lösung zu kommen. Denn Eigentum ist keine Schande, sondern im Regelfall das Ergebnis harter Arbeit. Ich bin der festen Überzeugung, dass dies auch bei der anstehenden Reform zum Ausdruck kommen muss.



Die Landesgruppe der fünf Berliner CDU-Bundestagsabgeordneten: Angeführt von Ingo Schmitt, aus Charlottenburg-Wilmersdorf, Landesvorsitzender der Berliner Union und ausgewiesener Verkehrsexperte, Prof. Monika Grütters aus dem Wahlkreis Marzahn-Hellersdorf, Obfrau der CDU/CSU-Fraktion für Kultur und Medien, Karl-Georg Wellmann, der sein Direktmandat im Wahlkreis Steglitz-Zehlendorf gewann, Fachmann für Außenpolitik, Bauen und Umweltschutz. Peter Rzepka, Tempelhof-Schöneberg, zeichnet sich durch den unermüdlichen Einsatz für den Erhalt des Flughafens Tempelhof aus. Und der jüngste MdB, Kai Wegner, Wirtschaftsfachmann und begeisterter Spandauer.

UNION VOR ORT

DER ELCH-PATE



Gregor Hoffmann (im Foto mit Sonnenbrille) ist nicht nur Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses für Lichtenberg, sondern auch noch Elch-Pate. 20 Lichtenberger CDU-Mitglieder folgten einer Einladung in den Tierpark Berlin. Neben Blicken hinter die Kulissen, die der Zoo-Direktor und Tierpark-Leiter **Bernhard Blaskewitz** gewährte (im Foto links), gab es auch den obligatorischen Patenschaftsbesuch bei Hoffmanns „Patenkind“ Elch Lolle. Die CDU bekennt sich zum Tierpark Friedrichsfelde und Zoo Berlin als Einrichtungen mit besonderem Wert. Hoffmann: „Tiere mit verschiedensten Ausprägungen bereichern das Wissen über die Pluralität der Natur. Wer in den letzten Jahren keinen Besuch in diesen Einrichtungen gemacht hat, wird über die Entwicklungen begeistert sein. Besonders die Verschönerung der Gehege fällt einem dabei besonders ins Auge. Die besonderen Zuchterfolge sprechen eine zusätzliche positive Sprache und zeigen das Tiere sich offenbar in unserem Hauptstadtzoo sehr wohl fühlen.“

174, 175, 176

Der jetzt schon 176. Bürger-Stammtisch der CDU-Blankenfelde, wird seit 16 Jahren 11 Mal im Jahr jeden 2. Mittwoch im Monat durchgeführt. Unlängst war **Dr. Friedbert Pflüger** eingeladen. Vor den 50 Gästen, ganz



überwiegend Nicht-CDU-Mitglieder sprach er unter anderem über Tempelhof, den Moscheebau, Bildung und Themen wie Politik mit den Bürgern und nicht gegen sie zu machen. Nach zwei Stunden Diskussion sahen die Bürger wieder eine bürgernahe Union. Es war wieder ein gelungener Abend.

PANKOW-PARIS UND PARIS-PANKOW

Nachdem die CDU Pankow im letzten Jahr eine Partnerschaft mit den französischen Freunden von der UMP im 17. Pariser Bezirk geschlossen hatte, reiste eine 20-köpfige Delegation aus Pankow an das Ufer der Seine, um im französischen Kommunalwahlkampf auf den Pariser Straßen und Märkten Flagge zu zeigen. Unter der Leitung des Kreisvorsitzenden, **Peter Kurth**, und mit einem Begleitschreiben der Bundesvorsitzenden, **Angela Merkel**, wurde gemeinsam mit der Spitzenkandidatin der UMP für das Pariser Bürgermeisteramt, **Françoise de Panafieu**, Wahlkampf gemacht.



Den Ausflug nach Paris nutzten die Vertreter der CDU Pankow darüber hinaus, um einen Blick hinter die Kulissen der französischen Politik zu werfen. Auf dem Programm standen Besuche im Hotel de Matignon, dem Sitz des Premierministers, und der Assemblée Nationale. Der Gegenbesuch in Pankow ist schon im Terminkalender eingeplant und die Europawahlen sind schon ins Visier genommen worden.

„CHANCEN FÜR MOABIT“

Die CDU Moabit hat Anfang März die Kampagne „Chancen für Moabit“ gestartet. Bei einer großen Auftaktveranstaltung konnte der Vorsitzende des Ortsverbandes, **Volker Liepelt** über 70 Persönlichkeiten aus dem Wirtschaftsleben, aus Kultur und Sport begrüßen. Mit dabei waren unter anderem **Norbert Peter**, Investor des Schultheiss-Areals, **Sven Lemiss** von der BIM, der Olympiateilnehmer **Holger Blume** vom ASV, Vertreter der Gewerbetrei-



benden auf der Turmstraße, **H. Völker** von der Siemens- AG, Vertreter des Theaters „Engelbrot“ (früher Hansa-Theater), **Alexander Kindermann** von der HHG-Grundstücksgesellschaft, **Gabriele Cocozza** von der MIT und der stv. Bezirksbürgermeister von Mitte, **Joachim Zeller**. Volker Liepelt: „Bekannter Weise hat Moabit trotz der Nachbarschaft zu den Institutionen von Bundesregierung und Parlament enorme soziale Verwerfungen. Aber die CDU vor Ort will sich nicht mit der Beschreibung der Defizite begnügen, sondern die aktiven Kräfte fördern, die etwas für den Stadtteil tun wollen zusammenführen.“

JA ZUR ÜBERWACHUNG

Die CDU Hohenschönhausen und die Junge Union Lichtenberg setzen sich für eine Videoüberwachung an den S-Bahnhöfen Wartenberg, Hohenschönhausen und Gehrenseestraße ein. Bei einer gemeinsamen Begutachtung der S-Bahnhöfe mit **Alexander Kaczmarek**, Vertreter der Deutschen Bahn (2. v.l.; daneben **Danny Freymark** und **Martin Pätzold**), wurden diese Anliegen dem Konzern mitgeteilt. Die Deutsche Bahn ist der Eigentümer der Bahnhöfe und kann auf eigene Kosten Kameras installieren. Die dunklen Bahnhöfe werden ab 2009 ohne Personal sein. Dem Gegenüber steht die Instal-



lierung von Kameras an den Bahnhöfen, so soll fast jeder Bahnhof bald videoüberwacht sein. Um diese Entwicklung zu beschleunigen, werden die lokalen CDU-Vertreter sich für eine schnelle Installation der Kameras einsetzen. Auf der Internetseite der CDU Hohenschönhausen unter www.cdu-hohenschoenhausen.de kann sich jeder an einer Umfrage zu dem Thema beteiligen.

DAS RUNDSCHAU-RÄTSEL



Der Potsdamer Platz ist ein Verkehrsknoten im Ortsteil Tiergarten im Bezirk Mitte zwischen der alten Innenstadt im Osten und dem neuen Berliner Westen. Er schließt sich westlich an den Leipziger Platz an und liegt an der Stelle des ehemaligen Potsdamer Stadttors vor der Akzisemauer. Bis zum Zweiten Weltkrieg war der noch als Platz zu erlebende Ort ein beliebter Treffpunkt der politischen, sozialen und

künstlerischen Szene Berlins. Das nach 1990 auf dem alten Stadtgrundriss größtenteils neu bebaute Terrain zählt zu den markantesten Orten der Stadt und wird von zahlreichen Touristen besucht. Beim letzten Schnappschuss unseres Fotografen scheint allerdings einiges abhanden gekommen (unten) zu sein. Finden Sie die 4 Unterschiede in den Bildern und gewinnen Sie eine Reise für zwei Per-

sonen in das politische Zentrum Europas, nach Straßburg. Einfach im unteren Bild die Änderungen einzeichnen, das Bild ausschneiden und auf eine Postkarte kleben und bis zum 5. Mai an die CDU-Landesgeschäftsstelle (Wallstraße 14 A, 10179 Berlin) senden oder abgeben. Der Rechtsweg ist wie immer ausgeschlossen. Wir werden den Gewinner benachrichtigen und in der nächsten Ausgabe veröffentlichen.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER UND VERLAG
CDU-Landesverband Berlin,
Wallstraße 14 A, 10179 Berlin
Tel.: 030 - 32 69 04-0 • Fax: 030 - 32 69 04-44

REDAKTIONSLEITUNG:
Frank Henkel

CHEFREDAKTEUR:
Dirk Reitze

REDAKTION:
Dirk Reitze, Jan Luther, Frank Marten, Ada Wendel

LAYOUT und PRODUKTION:
Verlag ante portas e. K.

BILDNACHWEIS
von oben links nach unten rechts:

S.1: Matthias Winkler, Reitze;
S.2: CDU, nvp/switzerland, istock Sean Locke, Rest Reitze;
S.3: istock Justin Horrocks, Luders, 3x Bündnis für ein
flugfreies Tempelhof- T. Heuser, Reitze;
S.4: 3x Reitze; S.5: Reitze; S.6: 2x Luther, 2x Wendel, privat;
S.7: istock Zolbiks, Reitze; S.8: Liefänder;
S.9: Thiedemann; S.10: Reitze; S.13: 2x Reitze, 2x privat;
S.14: alle privat; S. 15: alle Reitze

Für nicht angeforderte Manuskripte wird
keine Haftung übernommen. Namentlich
gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt
die Meinung der Redaktion wieder.

Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Erscheinungsweise: Erscheint einmal im Quartal



„Rosinenbomber“-Chefpilot Martin Müller übergibt auf dem Flughafen Tempelhof der glücklichen Gewinnerin unseres Preisausschreibens, Regina Hillert (73) aus Treptow-Köpenick, die zwei Tickets für ihre Zeitreise mit der DC-3 von „AIR-Service Berlin“ WIR wünschen GUTEN FLUG!

KBB

KOMMUNIKATION

K

BERATUNG

B

BILDUNG

B

**Fit für das Mandat:
Hilfe aus der Praxis
für die Praxis**

**Hier finden Sie das
aktuelle Programm
www.kbb-berlin.de**

**Und so erreichen
Sie uns:**

**Kommunalpolitisches
Bildungswerk
Berlin e.V. (KBB)
Paul-Linke-Ufer 8b
10999 Berlin
Tel. (030) 204 509 32
Fax (030) 204 509 33**

info@kbb-berlin.de

Alle Macht geht vom Volke aus!

27. April: Macht mit!
www.tempelhof-retten.de

